



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO₂-Abgabe und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich auf EU-Ebene für den Ausstieg Deutschlands aus dem geplanten Europäische Emissionshandelssystem II (ETS II) einzusetzen.

Begründung:

Am 31. Januar 2025 hat eine Mehrheit von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Bundestag beschlossen, die CO₂-Abgabe, die im nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) geregelt ist, in das Europäische Emissionshandelssystem II (ETS II) zu überführen. Ursprünglich wurde die CO₂-Abgabe 2021 von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung eingeführt, was die wirtschafts- und bürgerfeindliche Ausrichtung der Union unterstreicht.

Die CO₂-Abgabe gilt für fossile Energieträger in den Sektoren Heizen, Gebäude und Verkehr. Im Jahr 2021 betrug sie 25 Euro pro Tonne CO₂ und erreichte 2025 bereits 55 Euro pro Tonne CO₂. Laut Gesetz soll die CO₂-Abgabe 2026 auf 65 Euro pro Tonne CO₂ ansteigen und ab 2027 durch das ETS II über Angebot und Nachfrage von Emissionszertifikaten reguliert werden. Ziel ist es, durch eine kontinuierliche Reduzierung der Zertifikate eine vollständige Dekarbonisierung der Gesellschaft zu erzwingen.

Im Jahr 2024 belasteten ETS I und das BEHG die deutsche Wirtschaft bereits mit 18,4 Mrd. Euro (Umweltbundesamt, 2025), was durchschnittlich 440 Euro pro Haushalt entspricht.

Auswirkungen auf die Preise für fossile Brennstoffe

Führende Forschungsinstitute prognostizieren durch die Einführung des ETS II einen drastischen Anstieg des CO₂-Preises. Der Durchschnittswert aus sieben Studien liegt bei 235 Euro pro Tonne CO₂.

Daraus ergeben sich folgende zusätzliche Preissteigerungen:

Energieträger	Preiserhöhung durch CO ₂ -Abgabe i. H. v. 235 Euro/t CO ₂ im Vergleich zum Basisjahr ohne CO ₂ -Abgabe
Benzin (Cent/Liter)	55
Diesel (Cent/Liter)	62
Heizöl (Cent/Liter)	67
Heizöl (Cent/kWh)	7

Erdgas (Cent/kWh)	5
Erdgas (Cent/m ³)	46
Müllverbrennung (Cent/kWh)	7
Müllverbrennung (Euro/Tonne Müll)	66,80

Die Auswirkungen auf die durchschnittlichen Bruttopreise fossiler Energieträger wären erheblich:

Energieträger	Durchschnittlicher Bruttopreis 02. Februar 2025	Durchschnittlicher Brutto preis mit einem ETS II-Preis von 235 Euro/t CO ₂
Benzin (Cent/Liter)	175	214
Diesel (Cent/Liter)	168	213
Heizöl (Cent/Liter)	97	146
Heizöl (Cent/kWh)	10	15
Erdgas (Cent/kWh)	10	14
Erdgas (Cent/m ³)	100	134
Müllverbrennung (Euro/Tonne Müll)	142	192

Dieser Anstieg der CO₂-Bepreisung wird insbesondere die unteren und mittleren Einkommensschichten belasten, da Heizen und Mobilität in ihrem Budget eine größere Rolle spielen als bei Spitzenverdienern.

Inflationswirkung

Auf Basis einer ökonomischen Analyse des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) von 2020 kann die Inflationswirkung abgeschätzt werden. Ein Anstieg des CO₂-Preises von 65 Euro auf 235 Euro pro Tonne CO₂ würde den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Jahresvergleich um 8,2 Prozentpunkte steigen lassen. Im Vergleich zum Basisjahr 2020 ohne CO₂-Abgabe beträgt der kumulative preistreibende Effekt 11,5 Prozent.

Alternative: Abschaffung der CO₂-Abgabe

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert die vollständige und sofortige Abschaffung der CO₂-Bepreisung. Die Abschaffung der CO₂-Abgabe im Rahmen des BEHG/ETS II würde, ceteris paribus, die durchschnittlichen Bruttopreise von fossilen Energieträgern für das Verkehrs- und Wohnungswesen erheblich senken:

Von der Abschaffung der CO₂-Abgabe würden besonders untere und mittlere Einkommensschichten profitieren, da Heizen und Verkehr einen erheblichen Anteil ihrer Konsumausgaben ausmachen.

Zudem führt eine einseitige CO₂-Bepreisung in Deutschland und der EU nicht zu einer globalen Reduzierung der CO₂-Emissionen, sondern kann diese sogar erhöhen. Die erzwungene Senkung der deutsch-europäischen Nachfrage nach fossilen Energieträgern bewirkt einerseits, dass Förderstaaten ihre Produktion aus Angst vor zukünftigen Wertverlusten ausweiten. Andererseits sinken dadurch die Preise für fossile Energieträger, was deren Verbrauch in Ländern und Regionen erhöht, die sich der europäischen Dekarbonisierungspolitik nicht anschließen – allen voran in den USA und China (H.W. Sinn, ifo Institut, Wirtschaftsbeirat Bayern). Infolgedessen ist sowohl die globale Fördermenge als auch die Nachfrage nach Rohöl in den letzten 20 Jahren und selbst nach den Corona-bedingten Einschränkungen weiter gestiegen (KPMG, OPEC, 2025), was zu einem anhaltenden Anstieg der weltweiten anthropogenen CO₂-Emissionen geführt hat (Statista, 2025).